

## **Entschließungsantrag**

**der Abgeordneten Kerstin Müller (Köln), Jürgen Trittin, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Alexander Bonde, Dr. Uschi Eid, Kai Gehring, Thilo Hoppe, Ute Koczy, Winfried Nachtwei, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Rainer Steenblock und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zu der zweiten Beratung des Antrags der Bundesregierung  
– Drucksachen 16/10207, 16/10240 –**

**Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) auf Grundlage der Resolutionen 1701 (2006) und 1832 (2008) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 11. August 2006 bzw. 27. August 2008**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der Antrag der Bundesregierung beziffert die einsatzbedingten Zusatzausgaben für die 15-monatige Verlängerung der deutschen Beteiligung an UNIFIL mit bis zu 1 200 Soldatinnen und Soldaten auf rund 89,6 Mio. Euro. Dagegen nimmt das Mandat weder zur politischen Einbettung der Mission Stellung, noch werden zivile und diplomatische Beiträge Deutschlands in Strategie und Mittelansatz beschrieben.
2. Der UNIFIL-Einsatz ist weiterhin ein Beitrag zur Stabilität in der Region und wird von allen Konfliktparteien ausdrücklich begrüßt. Der Einsatz kann aber die weiterbestehenden Risiken einer innerlibanesischen sowie regionalen Destabilisierung nicht beseitigen. Der Antrag der Bundesregierung führt aus, dass sich seit der Verlängerung der Mandatierung des erweiterten UNIFIL-Einsatzes 2007 „die innen- und außenpolitische Situation des Libanons stabilisiert“ habe aber „konflikträchtig“ bleibe. Nicht erwähnt wird, dass der Libanon im Mai 2008 am Rande eines neuen Bürgerkrieges stand und die nach dem Doha-Abkommen von Ende Mai 2008 gebildete Einheitsregierung einen neuen politischen Rahmen bildet. Der derzeitige Dialog- und Versöhnungsprozess im Libanon muss von der EU und Deutschland aktiv unterstützt werden.
3. Der Antrag der Bundesregierung hebt hervor, dass UNIFIL MTF bei der Umsetzung der Resolution 1701 (2006) den Waffenschmuggel auf dem Seeweg „effektiv verhindert“ habe. Unerwähnt bleiben die weiterhin größte Herausforderung des Problems der ungesicherten libanesisch-syrischen Grenze und Vorwürfe über anhaltenden Waffenschmuggel. Die Resolu-

tion 1701 (2006) beinhaltet die Aufforderung an die libanesische Regierung, ihre Grenzen zu sichern. Die internationale Gemeinschaft will die libanesische Regierung in die Lage versetzen, dies zu gewährleisten. Solange die Landgrenze nicht effektiv überwacht werden kann, bleibt der Erfolg von UNIFIL als stabilisierender Kraft partiell.

4. Die Bundesregierung hat mit einem Grenzprojekt zum integrierten Grenzmanagement im Norden eine wichtige Verantwortung übernommen. Die vom Generalsekretär der Vereinten Nationen eingesetzte Kommission LIBAT-II (Lebanon Independent Border Assessment Team II) hat in ihrem Bericht vom 26. August 2008 festgestellt, dass auch unter Berücksichtigung der schwierigen politischen Lage im Libanon und dem deutschen Pilotprojekt im Norden Fortschritte zu einer Verbesserung der Grenzsicherheit bisher unzureichend sind. Der Bericht zitiert Sorgen hinsichtlich der Art und Weise, wie das deutsche Grenzprojekt im Norden geplant und ausgeführt wurde. Ein Mangel an strategischem Konzept und das Fehlen eines detaillierten Implementierungsplans werden als mögliche Ursachen der unzureichenden Fortschritte bei der Schaffung einer effektiven Grenzüberwachung genannt. Das Projekt befinde sich noch nicht wie geplant in der Konsolidierungsphase. Die Bundesregierung muss gemeinsam mit der EU ihre angekündigten Verpflichtungen einhalten und einen breiter angelegten Finanzierungsrahmen beschließen. Auf der Grundlage einer zu treffenden Entscheidung der neuen libanesischen Regierung muss die Ausdehnung des Projekts an die Ostgrenze ermöglicht und vorangetrieben werden. Eine anhaltende Verzögerung dieses Prozesses bedroht den Erfolg der UNIFIL-Mission. Die Zielmarken und die Finanzierung des Projekts hätten deshalb im Rahmen des Antrags der Bundesregierung Berücksichtigung finden müssen und sollten unmittelbar festgelegt werden.
5. Die bereits erreichten Fortschritte im syrisch-libanesischen Verhältnis sind auch mit Blick auf die Grenzsicherung bedeutend und müssen von Deutschland und der EU weiter unterstützt werden. Der LIBAT-II-Bericht hebt hervor, dass auch die syrischen Behörden in die Kooperation in der Grenzfrage einbezogen werden sollten. Insbesondere die Chancen einer Einbindung Syriens auf der Grundlage konkreter positiver Schritte der syrischen Regierung müssen genutzt werden. Das gilt auch für die positive Aufnahme indirekter Verhandlungen zwischen Syrien und Israel. Die Bundesregierung muss ihren in Teilen geäußerten Widerstand gegen einen Dialog mit Syrien aufgeben. Der Erfolg der UNIFIL-Mission wird zentral von den politischen Entwicklungen im Libanon selbst und in seiner Nachbarschaft abhängen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- sich für eine konsequente Umsetzung der Ziele des VN-Mandats aus der Resolution 1701 (2006) einzusetzen, insbesondere die libanesische Regierung und die Armee bei der Ausübung ihrer Autorität im gesamten Hoheitsgebiet zu unterstützen,
- den politischen Prozess zur Stabilisierung und den Dialog- und Versöhnungsprozess im Libanon auf Grundlage des Doha-Abkommens zu unterstützen und so die Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden zu schaffen,
- gemeinsam mit der EU ihren Beitrag zur Grenzsicherung im Rahmen des Nordprojektes und einer Ausdehnung auf den Osten zu leisten, dafür eine umfassende Strategie zu entwerfen und einen breit angelegten Finanzierungsrahmen sowie eine funktionierende Geberkoordinierung sicherzustellen,
- angesichts des kritischen LIBAT-II-Berichts eine Evaluierung des deutschen Grenzprojektes zur integrierten Grenzsicherung im Norden vorzunehmen,

- den Fraktionen des Deutschen Bundestages über den Fortgang des deutschen Grenzprojektes als wichtige Voraussetzung zur Schaffung einer effektiven Grenzsicherheit im Libanon zu berichten,
- die Verbesserung im syrisch-libanesischen Verhältnis aktiv zu unterstützen und im Rahmen der Vereinten Nationen eine Demarkation der Grenze, eine Lösung der Shebaa-Frage sowie die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten zu befördern,
- die indirekten Verhandlungen zwischen Israel und Syrien über die Rückgabe des Golans und bilaterale Sicherheitsfragen zu unterstützen.

Berlin, den 16. September 2008

**Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion**

